



„Über die Täter hat Weizsäcker nicht gesprochen“

Historiker Ulrich Herbert zum Weltkriegsgedenken, die Bedeutung des Nationalsozialismus für das Bild von Deutschland heute – und warum er uns auch in 100 Jahren noch herausfordert

Am Freitag gedenken auch wir Deutsche des 70. Jahrestags des Kriegsendes vom 8. Mai 1945. Werden wir das auf andere Weise tun als vor zehn oder 20 Jahren?

Natürlich gibt es Veränderungen. Mit der zunehmenden zeitlichen Distanz kommen immer neue Generationen ins Erwachsenenalter. Sie haben ihr eigenes Verhältnis zur NS-Vergangenheit und zum Zweiten Weltkrieg. Weil die Unmittelbarkeit fehlt, ist die Mittelbarkeit an Gedenktagen wichtiger geworden. Das heißt: Die Medien spielen eine große Rolle.

Finden Sie das gut oder schlecht?

Gut, weil so auf breiter Basis über das Geschehen berichtet wird. Schlecht, weil man den Eindruck gewinnt, da wird oft eher zu viel als zu wenig getan; übrigens auch in sehr unterschiedlicher Qualität. Sie werden kaum einen Tag finden, an dem nicht in irgendeinem TV-Programm das wohlbekannte Bild von Adolf Hitler auf dem Bildschirm erscheint. Ich fürchte, diese mediale Dauerpräsenz der NS-Zeit macht nicht neugierig, sondern hat auch abschreckende Effekte.

Ein Historiker warnt vor einem medial-historischen „Overkill“ an NS-Themen? Viele auch jüngere Menschen reagieren mit Abstumpfung und Desinteresse, wenn sie das Gefühl haben, sie würden mit diesem Thema, sei es in der Schule, sei es im Fernsehen, im Übermaß konfrontiert. Da bildet sich bei manchen ein gewisser Widerwille heraus.

Zum 50. Jahrestag des 8. Mai im Jahr 1995 gab es einen Staatsakt in Berlin – mit Präsidenten, Vizepräsidenten und Premierministern aus Washington, Paris, London und Moskau. Hätten man auch 2015 Vertreter der Siegermächte einladen sollen?

1995 war ja nicht nur der runde Jahrestag der Grund für dieses Treffen. In den Jahren zuvor strebte man nach dem Ende des Kalten Krieges zumal in Europa nach einer neuen gemeinsamen Ordnung. Die gemeinsame Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die Verurteilung der Verbrechen des Nationalsozialismus wirkte dabei einigend. Zwanzig Jahre später gibt es ein solches Bedürfnis nach einer symbolischen Gemeinsamkeit in Bezug auf den 8. Mai 1945 in geringerem Maße, und die Abscheu gegenüber den NS-Verbrechen reicht als gemeinsame Klammer nicht aus. Da bedarf es eher positiver Wertbezüge. Zudem machen neue Konflikte ein solches gemeinsames Gedenken viel schwieriger.

ZUR PERSON

WISSENSCHAFTLER

Ulrich Herbert (63) ist einer der profiliertesten deutschen Historiker. Sei 1995 lehrt und forscht er als Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg.

AUFKLÄRER

Herbert hat sich einen Ruf als NS-Experte erworben. Unter anderem forschte er zu Zwangsarbeitern im „Dritten Reich“ und über den NS-Täter Werner Best und dessen Nachkriegs-Karriere.

DEBATTIERER

Der Historiker hat ein Gespür für Themen mit Sprengkraft – und beteiligt sich mit Verve an Kontroversen. Sein jüngstes Buch behandelt die „Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“ (2014).

Seine eigene expansive Politik instrumentalisiert?

Es geht nicht nur um politische Instrumentalisierung. Die gab es ja auch im Westen. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist in Russland bis heute in allen Schichten sehr lebendig. Die Wunden

sind so tief, dass sie auch nach mehreren Generationen nicht vernarbt sind. Russland hatte als Opfer des deutschen Vernichtungskrieges von allen Weltkriegs-Ländern bei weitem die meisten Toten zu beklagen. Das prägt die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland und wird es auch in Zukunft tun.

Ist es richtig, dass die Kanzlerin nicht an der Siegesparade in Moskau am 9. Mai teilnimmt?

Ich bin froh, dass ich das nicht entscheiden muss. Es ist ein Abwägungsprozess, nämlich einerseits gemeinsam mit anderen westlichen Staaten diese Völkerrechtsverletzung klar zu verurteilen, auf der anderen die politischen Kontakte nach Moskau weiter zu pflegen.

In Deutschland wird der 8. Mai heute als Tag der Befreiung begangen. Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker diese These 1985 im Bundestag vortrug, war das noch umstritten. Warum hat es so lange gedauert, bis er sich durchsetzen konnte?

„Das gemeinsame Gedenken wird durch Russlands Krim-Annexion schwieriger“

Ich habe diesen Streit – „besiegt oder befreit?“ – immer für abwegig gehalten. Es ist Geschichtsklitterung, wenn man behauptet, der 8. Mai 1945 sei damals für eine Mehrheit der Deutschen ein Tag der Befreiung gewesen. Für einen Großteil der Deutschen war es ein Tag der Niederlage, weil sie bis zum Schluss zum NS-Regime standen. Nur von heute aus – im Bewusstsein einer jahrzehntelangen Entwicklung – ist das Urteil „Es war eine Befreiung“ richtig.

Wie ist die Rede heute zu beurteilen?

Die Leistung Richard von Weizsäckers bestand damals vor allem darin, dass er die Verbrechen des Nationalsozialismus an allen Opfergruppen deutlich hervorgehoben und auch als Verbrechen bezeichnet hat. Durchaus gegen Widerstand in der Öffentlichkeit, selbst in der eigenen Partei. Das zeigt, wie stark Nachwirkungen der NS-Zeit auch 40 Jahre nach dem

Ende des Krieges noch spürbar waren. Über die Täter hat er allerdings nicht gesprochen und darüber, dass die deutschen Nachkriegseliten und auch ein nicht unerheblicher Teil unserer Politiker in diesen NS-Kontext verstrickt gewesen waren. Da war er sehr zurückhaltend.

Was halten Sie von der These, nach dem Aussterben der Zeitzeugen werde der Nationalsozialismus vollständig historisiert, also als eine Epoche der Geschichte wie viele andere auch angesehen?

Das glaube ich nicht. Das wird die Deutschen und die Welt noch lange beschäftigen, schon deswegen, weil die Größenordnung dieser Verbrechen erst in der Distanz ganz erkennbar wird. Dieses menschengeschichtlich singuläre Ereignis wird uns und andere auch in 100 Jahren noch herausfordern.

Was folgt daraus für die Deutschen?

Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat kürzlich formuliert, die übrigen Europäer würden die deutsche Dominanz nicht trotz der NS-Vergangenheit, sondern wegen der NS-Vergangenheit akzeptieren. Deutschland trägt durch die Bindung an diese Verbrechen eine Bürde und hat sich eine Selbstbeschränkung auferlegt, die verhindert, dass es seine eigenen Interessen und seine Macht über Gebühr durchsetzt. Diese Kultur der historisch bedingten Zurückhaltung hat den Deutschen und dem Zusammenleben in Europa gut getan und tut es noch immer.

Das heißt, die kritische Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Geschichte ist eine Voraussetzung für das Funktionieren der EU?

Jedenfalls würde Deutschland ohne diese historischen bedingte Selbstbescheidung von den anderen Ländern in Europa vermutlich als Bedrohung wahrgenommen.

Die Negation des Nationalsozialismus prägt unsere Verfassung und politische Kul-

tur. Aber lassen sich aus dieser Erinnerung auch Ratschläge für politische Entscheidungen ableiten?

Wir sollten uns nicht einbilden, wir verfügten mit dem Nationalsozialismus für alle politischen Fragen der Gegenwart über einen exklusiven Erfahrungsschatz, mit dem wir unsere Umwelt zu belehren haben. Man muss keine NS-Vergangenheit haben wie die Deutschen, um zu wissen, dass man keine Asylbewerberheime anzündet. Da reicht eine intakte Moral und eine demokratische Verfassung.

Aber erwächst den Deutschen aus ihrer Geschichte nicht eine besondere Verantwortung, gegen Menschenrechtsverletzungen einzuschreiten?

In gewissem Maße schon, als Absage an diese Vergangenheit. Aber doch stärker noch aus unserer Gegenwart heraus, als westlich geprägtes, demokratisches und reiches Land, das den Menschenrechten verpflichtet ist.

Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat den Umgang mit der NS-Geschichte kürzlich als Argument bemüht. Er warnte davor, die Massaker an den Armeniern Völkermord zu nennen, weil die Gefahr bestehe, dass der Holocaust relativiert werde. Überzeugt Sie das?

Nein. Der Mord an den Juden war doch nicht in dem Sinn singulär, dass es davor oder danach keine Völkermorde gegeben hätte. Wenn man bei den Armeniern nicht von Völkermord sprechen darf, soll man das dann im Fall Ruandas auch nicht? Von Völkermord und Genozid spricht man im Völkerrecht, wenn versucht worden ist oder versucht wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche vollständig oder in Teilen umzubringen. Dieses Ziel war in Armenien gewiss erkennbar. Und deswegen sollte man es auch Völkermord nennen.

– Das Gespräch führte Hans Monath.

Im BLICK

Die fehlende Stellschraube

ALBERT FUNK über einen Dreh beim Finanzausgleich, der Berlin betrifft

Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern ist schon eine ziemlich komplexe Sache. Vereinfacht gesagt funktioniert er wie ein Fleischwolf. In den Einfülltrichter wird das Geld der Steuerzahler hineingeschaufelt. Dann beginnt die Förderschnecke ihre Arbeit. Die Scheibe am Ende hat siebzehn Löcher, ein großes für den Bund, sechzehn kleinere für die Länder. Vereinfacht gesagt. In Wirklichkeit ist der Finanzausgleich eine ungleich kompliziertere Maschine. Seit einiger Zeit wird sie generalüberholt. Die Chefingenieure sind schwer am Werkeln. Offiziell wollen sie im Juni fertig sein mit der Skizze. Die Aufgabe lautet vor allem: Wie justiert man die Stellschrauben, damit am Ende keiner meckert.

Wer sich derzeit mit Ministerpräsidenten unterhält oder auch Finanzministern, der bekommt das mit den Stellschrauben schnell und oft zu hören. Allerdings haben derzeit noch alle Beteiligten sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Stellschraube nun wie zu justieren ist. Zum Beispiel beim Umsatzsteuervorwegausgleich, einer der vier Hauptkomponenten. Auf den will die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ganz verzichten, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat das vorgeschlagen. Das Fährlein der ostdeutschen Ministerpräsidenten ist strikt dagegen, unterstützt von Horst Seehofer. Baden-Württemberg Regierungschef Winfried Kretschmann plädiert für eine Mittellösung. Andere Stellschraubenkomponenten sind die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, oder der engere Länderfinanzausgleich. Und, und, und. Jede Drehung an einer Stellschraube wirkt sich auf andere Teile der Maschine aus.

Jeder Berliner zählt mehr. Aber muss das so sein?

Allerdings fällt auf, dass über eine Stellschraube so gut wie gar nicht geredet wird. Nämlich die Einwohnerwertung zugunsten der Stadtstaaten. Die Bevölkerungszahlen Berlins, Hamburgs und Bremens werden im Länderfinanzausgleich bisher zu 135 Prozent angesetzt. Nicht zuletzt daher ist Berlin am Ende das Hauptnehmerland. An dieser Einwohnerwertung würden manche gern drehen. Doch in der Konstruktionsskizze, die Schäuble unlängst vorlegte, fehlt sie. Aber warum? Wäre die Einwohnerveredelung, wie Spötter sie nennen, Teil der Verhandlungen, müsste man an anderen Stellschrauben möglicherweise weniger drehen.

Begründet wird das Staatsprivileg damit, dass Großstädte eine andere Ausgabenstruktur haben. Etwa im Sozialbereich. Allerdings übernimmt der Bund seit Jahren immer mehr Soziallasten, was gerade die Stadtstaaten entlastet. Ist also eine Einwohnerwertung von 135 Prozent noch nötig? Genügend nicht vielleicht 125 Prozent? Oder ist eine Stufenlösung denkbar – für Bremen etwas mehr, für Berlin weniger? Immerhin ist die Hauptstadt im Aufschwung, die Aussichten sind gut. Die Einwohnerzahl wächst und wächst, und ändert man an der Einwohnerwertung nichts, wächst auch der Zufluss aus dem Finanzausgleich immer weiter (es sei denn, die Berliner Steuereinnahmen steigen deutlich stärker als die in den Zahlerländern, was nicht zu erwarten ist). Dass aktuell keiner über diese Stellschraube spricht, heißt freilich nicht, dass keiner der Konstrukteure darauf zurückkommt. Vielleicht sollte sich Berlins Chefingenieur Michael Müller darauf einstellen.

ANZEIGE

Berlin exklusiv

GRUNDSTÜCKE FÜR NATURLIEBHABER

Besuchen Sie uns, auch gerne spontan: Täglich (auch Sa. + So.) zwischen 11-19 Uhr

STADTNAHES WOHNEN IM GRÜNEN

Mehr als 50 % der 180 Grundstücke sind bereits verkauft! Die Erschließung im 3. und 5. Quartier (Baufeld) läuft auf Hochtouren. Machen Sie sich einen persönlichen Eindruck von der exzellenten Lage und Infrastruktur.

Kommen Sie vorbei und schauen Sie selbst!
Heinz-Sielmann-Ring 1 (Navi: Seeburger Chaussee),
14476 Potsdam OT Groß Glienicke

TELEFON: 0800 - 144 76 00
www.villienpark-potsdam.de

VILLENPARK
POTSDAM - GROSS GLIENICKE

vitra.

designfunktion

Lindenstraße 1, 10969 Berlin, Telefon 030 39 49 59-0
berlin@designfunktion.de, **www.designfunktion.de**

Miele
KÜCHEN- UND HAUSGERÄTE

Fühlen Sie sich ganz wie zuhause!

Besuchen Sie unsere neu gestaltete Ausstellung ... mit Küchen zum fühlen, leben und verlieben. Herzlich willkommen!

PRIMUS
KÜCHEN UND HAUSGERÄTE

Im Miele Center am Wittenbergplatz
Kundenparkplatz im Hof
Ansbacher Str. 22, 10787 Berlin
Fon 030 - 210155 - 0
Online-Shop: www.miele-primus.de